

abgelehnt hatte und seine Instrumentalisierung als politische Waffe auf einer unsachgemäßen Beurteilung des teilautonomen Saarstaates beruhte.

Anknüpfungspunkte bietet die „Adenauer-Kontroverse“ auch für die Diskussion über die politische Kultur und das politische System der frühen Bundesrepublik. Hier wird deutlich, wie sich die Bundesrepublik in manchen Politikbereichen nur langsam von älteren politischen Ansätzen löste. Ein typisches Beispiel dafür ist die allmähliche Ausschaltung von Gustav Stroh, der nach 1945 zunächst die Saarpolitik der Zwischenkriegszeit reaktiviert hatte, später die antiautonomistische Linie des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen mitgestaltete und ab 1952 stark an Einfluss auf die zentralen politischen Entscheidungsprozesse verlor. Gleichmaßen belegt der trotz allem heftige innenpolitische Widerstand gegen die von Adenauer betriebene Durchsetzung der Pariser Verträge, dass auch unter der sogenannten „Kanzlerdemokratie“ innerhalb der Parteien und bis in die Bundesregierung hinein breiter Raum für konkurrierende politische Konzepte bestand.

Ein dritter Bezugspunkt für die „Adenauer-Kontroverse“ ist schließlich die Position der Bundesrepublik im internationalen Beziehungsgeflecht. Die Saarfrage stellte 1954/55 eine Art „Nagelprobe“ für die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der Bundesrepublik als Partner ihrer westlichen Verbündeten – und insbesondere Frankreichs – dar. Das Ziel, auch nach der Saarabstimmung und unabhängig von ihrem Ausgang weiter – möglicherweise sogar besser – mit seinen Partnern in Westeuropa und Nordamerika zusammenarbeiten zu können, mag für Adenauer vor diesem Hintergrund oberste Priorität besessen haben. Ebenso konnte die Saarfrage als Testfall für die Fähigkeit der westlichen Staatengemeinschaft gelten, innere Konflikte auf dem Verhandlungsweg beizulegen. Würde die westliche Welt diesen alten, historisch und politisch hochgradig belasteten Konflikt auf eine Weise lösen können, die den von ihr propagierten Werten und Prinzipien entsprach? Dieser Nachweis war nicht nur in der zeitgenössischen Situation wichtig, sondern ist bis heute für die Bewertung europäischer Politik entscheidend geblieben. Insofern war die „Adenauer-Kontroverse“ ein Teil jenes politischen Lernprozesses, der – so Armin Heinen – die Lösung der Saarfrage zum „moralischen Vorzeigeobjekt des Westens“ werden ließ.

Die Umsetzung der „kleinen Wiedervereinigung“

Mit dem Rücktritt der Regierung Hoffmann unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses war ein wesentliches Ziel der neuen bundesdeutschen Saarpolitik erreicht. Nicht zuletzt deshalb wurden die Aufgaben der Bonner Saarpolitik nach dem Referendum neu formuliert. Indem der Ausgang der Abstimmung als ein eindeutiges Mehrheitsvotum der Saarländer für Deutschland interpretiert wurde, machte die Bonner Regierung die Auflösung des teilautonomen Saarstaates und seine Eingliederung in die Bundesrepublik zum neuen Ziel ihrer Politik. Je-